Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Syrien
2. Deutschland und die Finanzmarktregulierung fünf Jahre nach der Krise
3. INSM: Chancengerechtigkeit durch Aufstiegsmobilität
4. 80,5 Millionen Einwohner am Jahresende 2012 –Bevölkerungszunahme durch hohe Zuwanderung
5. Gesundheit braucht Solidarität
6. Recht auch bei Gericht anwenden
7. Bremen zieht die Privatisierungsbremse
8. Märchen aus der Deutschen Bank (8): Mit Privatisierung gegen Schulden und Krise
9. Der unvollendete Traum
10. Der Feind kommt aus Preußen
11. Griechenland entscheidet nicht die Wahl
12. Streichs Wutrede: Labbadia, Hertha und die Medien
13. TV-Tipp: Banken außer Kontrolle – Wie die Politik uns in die Krise führte
14. zu guter Letzt: Volker Pispers – Alternativlos

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Syrien**
   a. **Möglicher Militärschlag gegen Syrien**
   Der Präsident des Europaparlaments, der Deutsche Martin Schulz (SPD), hat vor einem Angriff gewarnt, der nicht durch ein UN-Mandat gedeckt sei. Weitere Schritte sollten nicht unternommen werden, solange der UN-Bericht über mögliche Chemiewaffeneinsätze nicht erstellt sei, betonte Schulz: „Wir können nicht die Inspektoren nach Syrien schicken und dann schon Entscheidungen treffen, bevor diese ihre Ergebnisse vorlegen. Das ist widersinnig.“
   US-Präsident Barack Obama erwägt nach einem Bericht der Washington Post einen baldigen Angriff von begrenzter Dauer. Das US-Militär ist nach Angaben von Verteidigungsminister Chuck Hagel für einen möglichen Angriff auf Syrien bereit. Die Soldaten warteten nur noch auf den Einsatzbefehl von Präsident

Barack Obama…
Dabei könnten die USA auf die Hilfe von Staaten wie Frankreich, Großbritannien und die Türkei bauen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hielt sich die Entscheidung über eine deutsche Beteiligung weiter offen…
Nach Informationen der Washington Post würde ein Militäreinsatz gegen Assad wahrscheinlich nicht länger als ein oder zwei Tage dauern.
Quelle: taz

Anmerkung WL: *Man will sich anders als bei Irak-Krieg offenbar die Lügenposse vor der UN ersparen, sondern noch nicht einmal die Prüfung durch die UN-Inspektoren abwarten, bis man zuschlägt. Wie viele Tote würde es eigentlich bei den „zweitägigen" Raketenangriffen zusätzlich geben?*
Und wie verhält sich die deutsche Politik: Bundesregierung, SPD und Grüne sind nicht dafür und nicht dagegen. Die fundamentale Frage eines Kriegs soll erkennbar nicht zur Wahl gestellt werden. Westerwelle: „Dann muss die Weltgemeinschaft (?) handeln". Steinbrück: „Bei einem solchen Menschheitsverbrechen wird dem Assad-Regime sehr klar gemacht werden müssen, dass es eine sehr starke internationale Reaktion gibt." Auch Grünen-Chef Özdemir rief nach Konsequenzen. Merkel äußert sich selbst gar nicht. Die einzige Partei, die gegen ein militärisches Eingreifen protestiert ist die Linkspartei.
Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts dürfte sich Deutschland ohne ein Mandat der Vereinten Nationen an diesem Krieg nicht beteiligen. Gibt es einen weiteren Verfassungsverstoß und wird das Völkerrecht gebrochen?

b. **Militärschlag gegen Assad: Drei große Gefahren für den Westen**
Nahost-Kenner warnen davor, dass ein militärisches Eingreifen westlicher Truppen in den syrischen Bürgerkrieg unabsehbare Folgen für den Nahen Osten und weltweit haben könnte. Angesichts der Drohungen Irans, im Falle einer Einmischung des Westens nicht untätig zuzuschauen, könne der syrische Krieg sich schnell auf die ganze Region ausweiten, sagt Günter Meyer, Leiter des Zentrums für Forschung zur Arabischen Welt an der Universität Mainz. "Die mit einem Eingreifen einhergehende Gefahr ist außerordentlich groß", so Meyer…
   - Das iranische Problem: Syrien steht mit Iran und der Hisbollah in einem engen Verteidigungsbündnis. Schon jetzt unterstützt Teheran Damaskus großzügig mit Kämpfern, mit Know-how, mit Waffen und Geld. "Nach einem Schlag auf Assad würde Iran sein Engagement sicher intensivieren", sagt

der Arabien-Experte Meyer. Das wiederum könnte Israel auf den Plan rufen. "Je stärker Teheran in Syrien involviert ist, desto größer Israels Motivation, Iran anzugreifen."…

- Das Hisbollah-Problem: Die Schiiten-Miliz Hisbollah hat im Süden des Libanon, in Rufweite Israels, ein Waffenarsenal von geschätzt 40.000 Kurz- und Mittelstreckenraketen versteckt. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die "Partei Gottes" Angriffe auf das syrische Regime mit einem Raketenhagel auf Israel rächt…

- Das Terror-Problem: Ein militärisches Eingreifen des Westens in Syrien könnte weltweit eine Welle von Terrorakten auslösen…

Quelle: SPIEGEL Online

c. **Weg in den Krieg nach bewährtem Drehbuch**
Die Reaktionen des Westens und seiner Verbündeten auf den mutmaßlichen Giftgaseinsatz in Syrien folgen einem bekannten Muster. Das macht es nicht besser
Die westlichen Kriegstreiber machen weiter mobil und stützen sich dabei auf die unbewiesenen Vorwürfe gegen die syrische Armee wegen des mutmaßlichen Giftgaseinsatzes am 21. August 2013. US-Präsident Barack Obama hat seine vermeintliche Zurückhaltung aufgegeben und ist bereit, gemeinsam mit Frankreich und Großbritannien auch ohne die UNO Syrien anzugreifen, wie die Medien am 26. August 2013 meldeten. Sie lassen sich von nichts und niemand beirren. Natürlich erst Recht nicht von der Bemerkung des syrischen Präsidenten Bashar al-Assad im Interview mit der russischen Zeitung Iswestija, der Vorwurf des Giftgaseinsatzes gegen die syrische Armee stelle „eine Verhöhnung des gesunden Menschenverstandes" dar. In dem am 26. August 2013 veröffentlichten Interview sagte Assad: „Wir werden beschuldigt, die Armee habe C-Waffen in einer Region eingesetzt, die angeblich von Regimegegnern kontrolliert wird. In Wirklichkeit aber gibt es in dieser Region keine klare Frontlinie zwischen der Armee und den Regimegegnern. Wie kann denn ein Staat C-Waffen beziehungsweise beliebige andere Massenvernichtungswaffen in einer Region einsetzen, wo sich seine eigenen Truppen befinden? Dies widerspricht jeder Logik." Es sei absurd: „Zunächst werden Anschuldigungen erhoben und erst dann Beweise gesammelt".
Quelle: Der Freitag

2. **Deutschland und die Finanzmarktregulierung fünf Jahre nach der Krise**
   Auch fünf Jahre nach der Finanzkrise ist bei der Restrukturierung des deutschen Banksystems und bei der Bankenregulierung kaum etwas geschehen. Die öffentlichen Diskussionen drehen derweil immer noch im Empörungsmodus über Boni und Abzocker.
   In Festreden betonen deutsche Politiker oft, wie viele Reformen der Finanzmarktregulierung Deutschland schon auf den Weg gebracht hat und wie schwierig es ist, die internationalen Partner von der Notwendigkeit weiterer Reformen zu überzeugen. Im Ausland dagegen bekommt man zu hören, dass Deutschland und Frankreich bei den Verhandlungen über Basel III die Bremser waren.
   Deutschland hat auf die Finanzkrise mit einer merkwürdigen Mischung aus Aktivismus und Passivität reagiert. Strengere Regeln für Hedge Fonds, Verbot von Leerverkäufen, Regeln für Nachhaltigkeit von Bonussystemen und für die Begrenzung von Managergehältern, Finanztransaktionssteuer – bei diesen Themen war die Bundesregierung sehr aktiv und hat einiges auf den Weg gebracht. Dagegen ist bei der Restrukturierung des Banksystems und bei der Bankenregulierung kaum etwas geschehen. Dabei geht die besondere Betroffenheit Deutschlands durch die Krise vor allem auf Schwächen des deutschen Banksystems zurück.
   Quelle: Ökonomenstimme
3. **INSM: Chancengerechtigkeit durch Aufstiegsmobilität**
   In Deutschland liegt der Anteil der Personen, die als armutsgefährdet gelten, seit 2005 konstant bei 14 Prozent. Aber was heißt das eigentlich? Heißt das, dass es eine bestimmte, immer gleich bleibende Gruppe Menschen gibt, die dauerhaft vom Wohlstand ausgeschlossen bleibt?
   Keineswegs: Die gängige Analyse der Armutsgefährdung in Deutschland untersucht und vergleicht lediglich, wie viele Personen im Jahresdurchschnitt per Definition als armutsgefährdet gelten, nicht aber wer die Personen sind. Der sogenannte Querschnittsvergleich unterschlägt, dass – auch wenn die Armutsquote jahrelang unverändert hoch blieb – es nicht zwingend immer dieselben Personen sind, die arm waren.
   Quelle: INSM

   Anmerkung WL: *Das ist wieder einmal eine zynische Beschönigung, die sich die Arbeitgeber-Propaganda-Organisation bei ihrem „wissenschaftlichen“ Schreibtisch, dem Arbeitgeber-Institut der deutschen Wirtschaft (IW) bestellt hat. Selbst wenn es zutreffen sollte, dass nur 5 Prozent der Arbeitslose über 6 Jahre hinweg dauerhaft arbeitslos „gemeldet“ waren, so hat sich der Anteil der armutsgefährdeten Personen nicht geändert. Was auch die INSM nicht bestreitet. Im besten Fall hieße das, dass*

genauso viele Menschen sich aus der Armutsgefährdung befreit haben, wie dazu gekommen sind. Der Aufstiegsmobilität stünde also die entsprechende Abstiegsmobilität gegenüber. Jeder Achte bliebe armutsgefährdet. (Wir werden uns mit dieser „Studie“ noch ausführlicher beschäftigen.)

dazu: Der Aufstieg ist die Regel, nicht die Ausnahme
Eine neue Studie zeigt, dass finanzieller Erfolg in Deutschland viel leichter zu erreichen ist als gedacht – und entlarvt die Warnungen der Opposition vor der Kluft zwischen Arm und Reich als falsch.
Im diesjährigen Wahlkampf spielt das Thema “soziale Gerechtigkeit” eine herausragende Rolle. Die Kluft zwischen arm und reich werde immer größer, so beklagen Opposition, Sozialverbände und Gewerkschaften lautstark. Und wer einmal unten sei, der bleibe es auch. Beides ist falsch.
Der beispiellose Beschäftigungsboom der vergangenen Jahre hat Deutschland Millionen neuer Stellen beschert. Nichts aber bietet mehr Schutz vor Geldnot als ein Arbeitsplatz.
Die neue Studie vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) zeigt, wie viele Menschen es in relativ kurzer Zeit geschafft haben, sich mit Fleiß nach oben zu arbeiten. Keineswegs sind in Folge der Hartz-Reformen nur prekäre Jobs entstanden. Nur ein kleiner Teil der Personen, die 2005 erwerbslos waren, ist heute noch arbeitslos.”
Quelle: WELT

Anmerkung unseres Lesers J.S.: *Pure Propaganda der Lobbykraten: Die üblichen Verdächtigen: Springer-Verlag, Dorothea Siems, Institut der deutschen Wirtschaft. Wer wie Dorothea Siems von einem “beispiellosen Beschäftigungsboom” spricht, disqualifiziert sich als (Wirtschafts)Journalist. Wer Dorothea Siems im im öffentlich-rechtlichen Rundfunk (wiederholt z.B. im einflussreichen Presseclub) eine Bühne bietet, missachtet den Auftrag der öffentlich finanzierten Rundfunkanstalten.*

4. **80,5 Millionen Einwohner am Jahresende 2012 –Bevölkerungszunahme durch hohe Zuwanderung**
   Im Jahr 2012 nahm nach Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) die Bevölkerungszahl Deutschlands im Vergleich zum Vorjahr um 196 000 Personen (+ 0,2 %) zu und lag am Jahresende bei 80,5 Millionen Einwohnern. Einen ähnlich hohen Zuwachs hatte es zuletzt 1996 mit + 195 000 Personen gegeben. 2011 lag der Anstieg bei 92 000 Personen…
   Die Bevölkerungszahlen entwickelten sich 2012 regional sehr unterschiedlich. In neun Bundesländern stiegen die Bevölkerungszahlen: Bayern (+ 76 000), Baden-Württemberg (+ 57 000), Berlin (+ 49 000), Hessen (+ 23 000), Hamburg (+ 16 000),

Nordrhein-Westfalen (+ 9 000), Niedersachsen (+ 5 000), Schleswig-Holstein (+ 4 000) und Bremen (+ 3 000). In Rheinland-Pfalz blieb die Bevölkerungszahl nahezu gleich (+ 200). In den neuen Bundesländern sowie im Saarland war die Einwohnerzahl dagegen rückläufig. Besonders hoch fiel der Bevölkerungsrückgang in Sachsen-Anhalt (– 17 000) sowie in Thüringen (– 11 000) und Mecklenburg-Vorpommern (– 7 000) aus.
Quelle: Statistisches Bundesamt

Anmerkung WL: *Siehe dazu „Die „demografische Entwicklung" entpuppt sich als Kaffeesatzleserei". Die von der Politik zum Naturgesetz erhobenen Modellrechnungen über die Bevölkerungsentwicklung stellen sich als „moderne Kaffeesatzleserei" heraus. Die „Prognosen" dienten vor allem als ein politischer Hebel für einen radikalen Sozialabbau.*

5. **Gesundheit braucht Solidarität**
„Wir wollen nicht weniger, sondern mehr Solidarität in der Krankenversicherung", erklärte der Präsident der Volkssolidarität, Prof. Dr. Gunnar Winkler, am Dienstag. Er kritisierte den Vorschlag von Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr, künftig den Versicherten die Wahl zu lassen, ob sie sich gesetzlich oder privat versichern. „Die Volkssolidarität setzt sich für eine solidarische Bürgerversicherung ein", betonte Winkler. „Das ist die richtige Wahl im Interesse der Versicherten und der Patienten."
Der Verbandspräsident stellte klar: "Der Bundesgesundheitsminister bietet hier eine Lösung an, die nur scheinbar Patienteninteressen dienen soll. Das Gegenteil ist der Fall. Wer ständig privat vor solidarisch predigt, von mehr Eigenverantwortung redet und einkommensunabhängige Zusatzbeiträge einführt und Wettbewerb um die geringsten Kosten zu Lasten einer guten Gesundheitsversorgung vorantreibt, ist wenig glaubhaft. Offenbar legt der Bundesgesundheitsminister hier einen Rettungsanker für die in der Krise befindliche private Krankenversicherung aus. Es wäre der falsche Weg, diese Krise auf Kosten der gesetzlichen Krankenversicherung zu lösen. Deshalb verdient der Vorschlag von Daniel Bahr eine glatte Ablehnung."
Quelle: Volkssolidarität
6. **Recht auch bei Gericht anwenden**
Milliardenkosten, die ungestraft auf die Allgemeinheit abgewälzt, Fakten, die verdreht werden – wie die Missstände bei der Anerkennung von Berufskrankheiten zu verbessern sind.
Die Behandlungskosten durch die oft berufsbedingte Vergiftung geschädigter Menschen gehen in die Milliarden. Ebenso verhält es sich mit den Kosten für die Frühverrentungen. Derzeit werden diese enormen Kosten für Krankenbehandlung und Frühverrentung in den allermeisten Fällen noch von der Allgemeinheit getragen. Die

manipulierten und gefälschten Diagnoseleitlinien und Gutachten entlasten die chemische Industrie und die von den Arbeitgebern finanzierten Berufsgenossenschaften (BG) in zweistelliger Milliardenhöhe und sind somit gesellschaftspolitisch überaus relevant.
In ihrer Wirkung stellen sie nicht nur eine versteckte Subvention der heimischen Industrie dar, sie offenbaren auch das dahinter stehende System. Schon als es in den siebziger Jahren darum ging, ob man Asbest verbieten sollte, hat man sich aufseiten der Politik bewusst dafür entschieden, die wirtschaftlichen Interessen einzelner Industriezweige über die Interessen und die Gesundheit der Bürger zu stellen. Dem ist Einhalt zu gebieten. Aber wie? (…)
Wir als IKU fordern von der Politik und der Justiz, die Bürger der Bundesrepublik Deutschland vor weiteren Straftaten zu schützen, indem folgende Maßnahmen ergriffen beziehungsweise geltendes Recht umgesetzt werden muss:
Quelle: taz.de

7. **Bremen zieht die Privatisierungsbremse**
In Bremen sind die Stadtwerke verkauft, die Müllabfuhr, eine von zwei kommunalen Wohnungsbaugesellschaften – der Senat der Hansestadt hatte in einer Phase der großen Koalition eine Reihe von Betrieben, die für die kommunale Daseinsvorsorge wichtig sind, privatisiert, um damit kurzfristig an Geld zu kommen. Mit dem Antrag zur Änderung der Landesverfassung, der am kommenden Donnerstag mit SPD, Grünen und Linkspartei eine Zweidrittelmehrheit bekommen dürfte, legen die Parteien sich selbst Zurückhaltung auf: Die Abgeordneten der Bürgerschaft sollen in Zukunft Privatisierung beschließen dürfen, wenn es mit einer Zweidrittelmehrheit einen breiten Konsens gibt. Stimmt nur eine einfache Mehrheit dafür, dann muss es einen Volksentscheid geben. Auch im Falle einer Zweidrittelmehrheit könnte eine Bürgerinitiative für einen Volksentscheid mobilisieren. Konkret, so steht es im Gesetz, soll es bei der "Bremse" nicht um unwichtige Minderheitenbeteiligungen gehen, sondern um den Verkauf des beherrschenden Einflusses auf Unternehmen wie die Wohnungsbaugesellschaft Gewoba, die kommunalen Kliniken oder die bremische Hafengesellschaft BLG. Die Verankerung der Privatisierungsbremse in der Bremer Landesverfassung ist bundesweit einmalig, nicht einmal die "Staatssekretärin für Zivilgesellschaft" in Baden-Württemberg hat im grün-rot regierten Ländle eine Debatte dazu in Gang setzen können.
Quelle: taz
8. **Märchen aus der Deutschen Bank (8): Mit Privatisierung gegen Schulden und Krise**
In fast regelmäßigen Abständen, so scheint es, veröffentlicht Deutsche Bank Research Papiere, mit denen europaweit die Privatisierung von staatlichen Unternehmen und

öffentlichen Einrichtungen gefordert und beworben wird. Nach wie vor gilt Privatisierung, also die Übernahme staatlicher Unternehmen und Einrichtungen durch Private, in neoliberalen Augen als Königsweg zu mehr Wachstum und weniger Schulden. Grund genug, eine aktuelle Veröffentlichung von DBR genauer unter die Lupe zu nehmen.
Schon im Herbst 2011 erschien ein „EU-Monitor“ mit dem Titel „Erlöse, Wettbewerb, Wachstum“, Autor war Dieter Bräuninger. Im Juni 2013 erschien nun vom gleichen Autor eine Art Nachfolgewerk “Privatisierung im Eurogebiet” mit ähnlicher Intention: Der neoliberalen Leserschaft Argumente für mehr Privatisierungen zu liefern und einen aktuellen Überblick über den Sachstand in Europa zu geben. Entsprechend eröffnet Bräuninger seinen aktuellen Text mit einer kurzen Liste von Argumenten für mehr Privatisierungen. Ich will die wichtigsten dieser Punkte im Folgenden herausgreifen und kommentieren:
Quelle: annotazioni

9. **Der unvollendete Traum**
   Der „Marsch auf Washington“ und das radikale Vermächtnis Martin Luther Kings
   Am 28. August ist der 50. Jahrestag des berühmten March on Washington. Damit gelangt der Gedenkmarathon für das „amerikanische Jahr“ 1963 zu seinem Höhepunkt. Wir werden dann, das steht bereits fest, mit so vielen Bildern von Martin Luther King, so vielen Zitaten seines „I have a dream“ und so vielen Referenzen an John F. Kennedy überschüttet werden, das vor lauter Gedenken kein Platz mehr bleibt für kritisches Denken.
   Das Problem dieses Gedenkens liegt darin, dass das politische Vermächtnis der Bürgerrechtsbewegung und ihres berühmtesten Protagonisten praktisch vollständig reduziert wird auf die Rede, die Martin Luther King auf dieser Kundgebung gehalten hat, und hier zumeist auch nur auf einen einzigen Aspekt: seinen „Traum“ von einer Welt ohne Rassenschranken. Dass King in seiner Rede auch die anhaltende wirtschaftliche und soziale Benachteiligung der Afroamerikaner kritisierte, dass er die Untätigkeit der Regierung im Angesicht grassierender Armut in einer Gesellschaft des Überflusses geißelte: kein Wort davon. Nicht einmal der Umstand, dass die Demonstration eigentlich „March on Washington for Jobs and Freedom“ hieß, findet Erwähnung. Es geht so lange um den „Traum“, bis aus dem radikalen Anführer der Schwarzen eine Art Spät-Hippie geworden ist, der scheinbar nur eines möchte: dass sich alle wieder lieb haben.
   Wenn man King aber als einen Anführer charakterisiert, der niemanden bedroht und keine Privilegien gefährdet habe, dessen „Traum“ nun mit dem ersten schwarzen Präsidenten womöglich auch noch Wirklichkeit geworden sei, dann lässt sich überhaupt nicht mehr erklären, warum King und die von ihm geführte

Bürgerrechtsbewegung auf so viel Widerstand trafen, ja regelrecht gehasst wurden – und zwar keineswegs nur von ein paar rückständigen, irgendwie aus der Zeit gefallenen Verehrern der Confederacy im amerikanischen Süden.
Quelle: Blätter für deutsche und internationale Politik

10. **Der Feind kommt aus Preußen**
Horst Seehofer will kritische Journalisten aus Bayern ausweisen. Für seine Selbstherrlichkeit kann der CSU-Chef wenig, sie ist kulturell verankert…
In bester absolutistischer Tradition eilte Ministerpräsident Horst Seehofer der Parteifreundin zu Hilfe: „Die müssen raus aus Bayern."
Er meinte die Journalisten, die die Unverfrorenheit besessen hatten, in einem Freistaat ihrem Beruf nachzugehen. Bereits der König liebte keine kritischen Fragen und verkroch sich gern in einen seiner unzähligen Paläste, schlief am Tag und ließ sich in der Nacht vom Liedermacher zulärmen. So ging er der nervigen Öffentlichkeit, die es auch damals schon in Ansätzen gab, elegant aus dem Weg.
Heute ist das weitaus schwieriger in diesen schrecklich modernen Zeiten, wo allerorten perfide WDR-Teams in dem Irrglauben herumschwirren, die Bevölkerung hätte ein Recht von den Bereicherungsorgien zu erfahren, die ihre Vertreter noch immer feiern wie vor hundertfünfzig Jahren.
Quelle: taz
11. **Griechenland entscheidet nicht die Wahl**
Gern würde die Opposition Wechselstimmung erzeugen in diesem allzu ruhigen Wahlkampf. Aber SPD und Grüne wissen: In der Euro-Frage sind sie keine Alternative.
Quelle: Frankfurter Rundschau

Anmerkung Volker Bahl: *Als Alternative bleiben also diese schreckliche "Raus-aus-dem-Euro-Alternative-für-Deutschland" und auf der anderen Seite die Linke. Kein Wunder also, dass die stets auch auf Kurs liegende Süddeutsche posaunt, "am riskantesten ist ein SPD-Kanzler von Gnaden der Linkspartei – und deshalb kann man einen Sinneswandel in der SPD-Spitze für Rot-Rot-Grün getrost ausschließen – auch wenn der IG-Metall-Linke Hans-Jürgen Urban gerade noch dafür in der FR geworben hatte : "Keine Angst vor zu viel Rot !" Zu Hans-Jürgen Urban und seiner Euro-Krisen-Position siehe auch noch einmal ausführlich auf einer Tagung der RLS über "Wie Europa retten".*

12. **Streichs Wutrede: Labbadia, Hertha und die Medien**
Mit einer denkwürdigen Wutrede hat Christian Streich vom SC Freiburg auf die Entlassung von Bruno Labbadia beim VfB Stuttgart und den angeblichen Sex-Skandal bei Hertha BSC reagiert. Im Fokus seiner Kritik: die Medien.

Quelle: Badische Zeitung

13. **TV-Tipp: Banken außer Kontrolle – Wie die Politik uns in die Krise führte**
Die Finanzkrise kam über Deutschland wie ein Tsunami, von weit her und völlig unvorhersehbar. Verantwortlich sind die USA, die Leidtragenden sind wir. Diese These ist ebenso eingängig wie falsch. Die Autoren Julia Klüssendorf und Stefan Jäger zeigen, wie alle Regierungen in Deutschland seit den 90ern die vorhandenen Alarmsignale ignoriert haben. Die Autoren blicken hinter die Kulissen und zeigen, warum unsere Politiker den Bankern freie Hand ließen.
Quelle: Phoenix

Hinweis: *Weitere Sendtermine auf Phoenix: Donnerstag, den 29.08.13, 13.15 Uhr. Montag, den 02.09.13, 13.15. Dienstag, den 03.09.13, 15.15 Uhr.*

14. **zu guter Letzt: Volker Pispers – Alternativlos**
Quelle: WDR2